

Pressemitteilung

Schulkeller sind kein Schießplatz

Düsseldorf. „Der Respekt vor den Opfern der Amokläufe in Winnenden gebietet es, umgehend alle Schießstände in Kindertagesstätten und Schulen zu schließen“, das hat der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Frank Richter angesichts der heutigen Landtagsdebatte über die rund 160 Schießanlagen gefordert, die alleine in Nordrhein-Westfalen in Schulen und Kindergärten bestehen. „Schulen sind ein Ort des friedlichen Zusammenlebens und Lernens“, erklärte Richter, „hier haben Schießplätze nichts zu suchen“. Der GdP-Vorsitzende erinnerte daran, dass selbst Schützenvereine heute nicht mehr auf die Idee kommen würden, in Schulen und Kindergärten einen Schießstand zu errichten. „Dass es hier überhaupt Schießstände gibt, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in den sechziger Jahren mit der Umstellung von Kohle- auf Gasheizungen plötzlich viele Kellerräume leer standen. Das reicht aber als Begründung für das Festhalten an einem unhaltbaren Zustand nicht aus“.

Richter forderte die im Landtag vertretenen Parteien auf, bei der Debatte über die Schließung der Schießanlagen in den Schulen nicht die gleichen Fehler zu wiederholen, die derzeit auf Bundesebene bei der Diskussion über die Verschärfung des Waffenrechts zu beobachten sind. „Wenn wir in Deutschland weitere Amokläufe verhindern wollen, brauchen wir einen grundsätzlich anderen Umgang mit Waffen“, mahnte Richter. „Ein bloßes weiter hilft nicht.“

Eine Schließung der in Schulen und Kindergärten betriebenen Schießanlagen würde mit zum notwendigen Bewusstseinswandel beitragen. „Sie ist deshalb unumgänglich“, erklärte Richter. Die Schießanlagen ließen sich auch nicht mit dem Argument rechtfertigen, dass die Schützenvereine in der Vergangenheit zum Teil erhebliche Mittel in deren Ausbau investiert haben. Dieses Problem müsse anders gelöst werden.

Zudem fordert Richter von der Politik klare gesetzliche Vorgaben. „Sonst kommen die Kreispolizeibehörden in die Situation, dass sie Schießanlagen in Schulen und Kindergärten weiter genehmigen müssen, obwohl von ihnen politisch ein verheerendes Signal gegenüber Kindern und Heranwachsenden ausgeht.“